



Am Zürichsee in Küsnacht: Ein 28 Meter langer Holzsteg, der im Mai eingeweiht wurde, erlaubt hier den freien und bequemen Zugang zum Wasser. (Reto Schneider)

Richtplan Nur ein einziger Änderungsantrag war im Kantonsrat mehrheitsfähig

Der Seeuferweg ist nicht das Ziel

Überraschender Entscheid: Ganz knapp verzichtet der Kantonsrat darauf, den Uferweg rund um den Zürichsee im Richtplan festzuschreiben.

Philippe Klein

Gestern und heute befindet das Plenum des Zürcher Kantonsrats in zwei Doppelsitzungen über den kantonalen Richtplan. Darin wird festgehalten, wo zum Beispiel eine Abfalldeponie entstehen kann oder eine Kiesgrube, oder, wie gestern Vormittag: wie ein Seeuferweg rund um den Zürichsee aussehen könnte. Der neue Richtplan «Landschaft, Versorgung, Entsorgung» wurde von der Kommission für Planung und Bau (KPB) während rund neun Monaten intensiv vorberaten. 15 800 Private, 100 Gemeinden, 72 Verbände und 9 Kantone hatten ihre Einwände vorgebracht, nur wenige wurden in die Endfassung übernommen. In diesen zwei

Tagen berät das ganze Parlament nun über die verbleibenden rund zwei Dutzend Änderungsanträge.

Da wäre zum Beispiel der Zürichsee-Weg: Im Richtplan-Entwurf ist vorgesehen, dass «öffentlich zugängliche Flächen am See ausgedehnt» werden sollen – und dass ein durchgängiger Seeuferweg «möglichst nahe am See» ins Auge gefasst werden soll. Das passte SVP, FDP und EDU nicht. SP, AL, Grüne, GLP, EVP und CVP fanden wiederum, diese Formulierung sei gut. Mit dem knappstmöglichen Resultat von 89 zu 88 Stimmen setzte sich nach langer Diskussion schliesslich die Ratsrechte durch. Damit sinkt der Druck auf Zürichsee-Gemeinden und Landeigentümer mit Seeanstoss, Land für einen Seeuferweg bereitzustellen.

Teure Uferpartien

Das Privateigentum müsse garantiert werden, argumentierte etwa die SVP. Adrian Bermann (Meilen) sagte, die legitimen Rechte der Seeanstösser müssten geschützt werden. Enteignungen könnten den Kanton sehr teuer zu

stehen kommen. Und Beat Walti (FDP, Zollikon) ergänzte, dass bereits das Seeuferweg-Teilstück zwischen Wädenswil und Richterswil – notabene relativ dünn besiedeltes Gebiet – den Kanton 7,5 Millionen Franken gekostet habe. Wer das auf sämtliche noch zu erschliessenden Uferpartien hochrechnen, könne in etwa erahnen, welche Ausgaben auf den Kanton Zürich zukommen würden, falls man den Passus nicht aus dem Richtplan streiche. Man sei, so Walti, nicht prinzipiell gegen einen Seeuferweg, realistischer sei aber, die bestehenden Pärke, Badanstalten oder Bootsplätze auszubauen.

An anderen Seen funktioniert es

Monika Spring (SP, Zürich) wollte die bürgerliche Zurückhaltung nicht so recht verstehen. «Warum sollte am Zürichsee nicht funktionieren, was am Greifensee und am Pfäffikersee bestens funktioniert?», fragte sie mit Blick auf die dortigen Wegroueten. Und Maria Rohweder (Grüne, Uetikon am See) ärgerte sich über «diesen unseligen Minderheitsantrag», der den einfachen Leuten den See-

zugang verwehren wolle. Julia Gerber Rüeegg bemerkte, dass viele Grundstücke rund um den Zürichsee aufgeschüttet seien und als sogenanntes Konzessionsland gar nicht ihren Besitzern gehörten. Und Josef Wiederkehr (CVP, Dietikon) entgegnete auf die Kritik, dass ein Weg «möglichst nahe am See» dem Umweltschutz zuwiderlaufe, dass diese Formulierung diesbezüglich genug Spielraum biete: «Der Passus ist moderat, er bietet einen Mittelweg zwischen Naturschutz und Eigentumsschutz.»

Heutiges Thema: «Mülldeponien»

Das Kapitel über den Seeuferweg war gestern das einzige Traktandum, bei dem der Kantonsrat den Richtplan veränderte. Sämtliche anderen Vorstösse fanden keine Mehrheit. So wurden am Nachmittag zum Beispiel diverse Minderheitsanträge abgelehnt, welche die Streichung von Kiesgruben-Standorten im Zürcher Oberland und vor allem im Zürcher Unterland zum Zweck hatten. Heute beschäftigt sich das Parlament unter anderem mit Standortfragen von Mülldeponien.

Limmat

Das Badeverbot aufheben oder nicht?

Geht es nach den Jungen Grünen, soll man in der Limmat in Zürich bald von der Quaibrücke bis zum Letten baden dürfen. Das Badeverbot bezeichnet Gemeinderat Matthias Probst gegenüber «20 Minuten» als «völlig unnötig». Im Weiteren fordert er Ausstiegsmöglichkeiten für Badende beim Platzspitz und ein Sonnendeck gegenüber am Neumühlequai. Ein entsprechender Vorstoss im Gemeinderat ist in Vorbereitung. Hermann Schumacher, Abteilungsleiter Badeanlagen Stadt Zürich, warnt laut «tagesanzeiger.ch» vor der Freigabe der Limmat für Badende: «Die Strömung im Fluss und das damit verbundene Gefahrenpotential wird immer wieder unterschätzt.» (ant)

Zürcher Innenstadt

Die Baustellen ruhen

Mit Weihnachtspäckchen beladen im Slalom um Baustellen: Dies wird in der Zürcher Innenstadt niemandem zugemutet. Ab sofort bis 4. Januar gilt ein Baustopp, wie das städtische Tiefbauamt mitteilte. Alle Baustellen müssen ordentlich aufgeräumt und gesichert werden, neue dürfen keine begonnen werden. Keine Gültigkeit hat die Regelung für Private und für Notfälle. Auch auf kleinen Baustellen abseits der Passantenströme dürfen die Arbeiten weitergehen. (sda)

Stadt Zürich Befrachteter Urnengang am 29. November

Tiefste Tiefen und höchste Höhen

Die Stadtzürcherinnen und -zürcher stimmen am Wochenende unter anderem über eine Erdwärme-Bohrung und eine «Hochhaus»-Initiative ab.

Das Erdwärmeprojekt des Elektrizitätswerks der Stadt Zürich (EWZ) im Triemliquartier umfasst zwei Bohrungen. Die erste wurde am 10. November begonnen. Der Gemeinderat hat dafür 19,89 Millionen Franken bewilligt. Sollte sich herausstellen, dass das vorhandene Potenzial genutzt werden könnte, braucht es eine zweite Bohrung. Deshalb wird nun vorsorglich über zusätzliche 18,81 Millionen Franken für diese zweite Bohrung und den Bau einer Energiezentrale abgestimmt. Mit Geothermie könnten das nahe Spital geheizt werden sowie Gebäude, die auf dem Bohrgelände bis im Frühjahr 2011 entstehen. Zudem könnte man pro Jahr bis zu 2000 Tonnen CO₂ sparen.

Damit sich Hochhäuser nicht endlos in den Zürcher Himmel bohren, haben die Schweizer Demokraten (SD) die Volksinitiative «40 Meter sind genug» lanciert. Die Initiative verlangt die Beschränkung der Höhe von Hochhäusern auf 40 Meter. Zudem sollen Hochhäuser nur in Zentrumsgebieten gebaut wer-

den, wo auch sonst mehr als 20 Meter Gebäudehöhe erlaubt sind.

Ein neuer Park

Als Hochhäuser gelten Bauten ab 25 Metern Höhe. Normalerweise dürfen sie in Zürich maximal 80 Meter hoch sein. Für höhere Bauten braucht es Gestaltungspläne oder Sonderbauvorschriften. In Zürich stehen momentan 20 Bauten, die höher sind als 50 Meter. Der im Bau



Die Hardau-Türme: Nicht allen gefällt. (k)

befindliche Prime Tower in Zürich-West, das vorläufig höchste Haus der Stadt, wird 126 Meter hoch werden.

Auf dem grossen Parkplatz zwischen den Hardau-Hochhäusern und dem Albisriederplatz soll ein neuer Park – der Hardaupark – entstehen. Dafür wird ein Kredit von 13,23 Millionen Franken beantragt. Dagegen wurde das Behördenreferendum ergriffen. Denn mit dem Bau des Parks werden 50 Parkplätze abgebaut. Zudem erhält eine Baugenossenschaft für 50 weitere Parkplätze, die sie auf Wunsch der Stadt baute, keine Entschädigung. Die dafür vorgesehenen 1,4 Millionen Franken wurden vom Gemeinderat gestrichen und der Kredit um diesen Betrag auf 13,23 Millionen Franken gekürzt.

Neue Organisation der Sozialhilfe

Die Organisation der Sozialhilfe und die Aufgabenteilung zwischen Sozialbehörde und Sozialen Diensten soll neu organisiert werden. Dies bedingt eine Änderung der Gemeindeordnung. Insbesondere sollen damit Doppelspurigkeiten beseitigt und die Kompetenzen klar geregelt werden. So etwa konzentriert sich die Sozialbehörde auf strategische Aufgaben. Für die Umsetzung sind die Sozialen Dienste zuständig. Ausserdem soll der Einsatz von Sozialinspektoren in der Gemeindeordnung verankert werden. (sda)

Gesagt ist gesagt

«Ich bin keine Zürisee-Gurke»

«Ich bitte Sie um Ruhe, dann muss ich nicht so schreien.»



Julia Gerber Rüeegg (SP, Wädenswil) appellierte erfolgreich an die Ratsdisziplin, setzte ihr Votum nach eingesetzter Ruhe aber in gewohnt kämpferischem Ton fort.

«Ich wollte jetzt eigentlich auf die Argumente von Julia Gerber Rüeegg



eingehen, aber sie ist nicht im Raum. Ich hoffe nur, dass sie auch bei der Abstimmung nicht mitmacht.»

Antoine Berger (FDP, Kilchberg) täuschte sich gleich zweifach. Julia Gerber Rüeegg war sehr wohl im Saal und stimmte später auch ab. Natürlich nicht im Sinne Bergers.

«Ich bin zwar kein Seebub und keine Zürisee-Gurke, unterstütze aber dennoch den Seeuferweg.»



Dieses erfrischende Geständnis kam aus dem Zürcher Unterland. Und zwar von Marcel Bulet (SP, Regensdorf). (pik)

Studentenprotest

Ultimatum gestellt

Der Studentenprotest an der Universität Zürich geht – ebenso wie in Bern – weiter. In Zürich hat die Universitätsleitung den Protestierenden aber ein Ultimatum gestellt: Bis Mittwochmorgen muss der besetzte Vorlesungsraum KOH-B-10 geräumt sein. Rektor Andreas Fischer hatte sich am Montagabend zu einer rund einstündigen Anhörung im besetzten Hörsaal eingefunden. Laut Uni-Sprecherin Christina Hofmann bot er den Studierenden an, ihre Protestaktionen in kleinere Räume unweit des Hauptgebäudes zu verlegen. Bedingung sei, dass der grosse Hörsaal bis Mittwoch geräumt werde, damit der normale Studienbetrieb wieder aufgenommen werden könne. Wegen der Besetzung hätten bis jetzt zwar noch keine Vorlesungen abgesagt werden müssen. Es habe aber Reklamationen von Studierenden gegeben, die bei einzelnen Vorlesungen in kleineren Sälen keinen Platz mehr gefunden hätten. Die Studierenden müssen sich gemäss Hofmann bis Dienstagabend, 20 Uhr, entscheiden, ob sie das Angebot der Uni-Leitung annehmen wollen. Die neuen Räumlichkeiten würden ihnen während 14 Tagen im Rahmen der geltenden Hausordnung zur Verfügung gestellt. (sda)

Anzeige

Mehr Service.

zsz.ch
Mehr Region online.